

Projekt „Brandmauern im Bildungswesen“: Erste Strukturierung der Fälle auf der Makroebene

Qualitativ-empirische Befragung 2024/2025 (weiterhin geöffnet bis Frühjahr 2025)

<https://www.sosci.uni-hamburg.de/WeBi/>

Hamburg, 20.1.2025

Fall 106 – Parlamentarische Anfragen der AfD	1
Fall 161 – kleine parlamentarische Anfragen zum Thema Ausgewogenheit.....	2
Fall 351 – Fremdenfeindliche Äußerungen im örtlichen Parlament	3
Fall 578 – „Beschäftigung von Behörden und Ministerien durch Anfragen und Anträge“	4
Fall 694 – „Die AfD würde die VHS am liebsten schließen“	6
Fall 726 (wenig extrem rechte Einflüsse).....	7
Fall 762 – Vorsitzender im Förderverein mit Stimmen im Zweckverband ist Verschwörungsgläubiger	7
Fall 783 – Geringer Stellenwert der Bildungspolitik	8
Fall 787 – Anfragen im Parlament z.B. zum Gender-Erlass	9
Fall 818 – Rechte Veranstaltungen in städtischen Räumen	10
Fall 820 Kooperationspartner:innen konnotieren Migration und Kriminalität [Fall zu wenig elaboriert].....	10
Fall 832 Vermeidung von Triggerthemen [Fall zu wenig elaboriert].....	10
Fall 1057 – Stimmabgabe-Versuch rechter Nicht-Wahlberechtigter in Landes-Gremien	11
Fall 1076 – Politik übernimmt Positionen der Rechten.....	12
Fall 1088 – Fragen der AfD zur Finanzierung eines Bündnisses für Gleichstellung	12
Fall 1096 – Lustigmachen über wokeness.....	13
Fall 1102 – Förderung von Integrationskursen in Frage gestellt	13
Fall 1154 – Politikerhetze	14
Fall 1179 – Versuch der Einflussnahme gegen Gendern.....	14
Fall 1196 – Listen mit ‚unliebsamen Personen‘	15
Fall 1088 – Fragen der AfD zur Finanzierung eines Bündnisses für Gleichstellung	16
Fall 1243 – Simplifizierung komplexer Sachverhalte [Fall nicht ausreichend elaboriert].....	17
Fall 1327 – Montagsdemos und rechte Einflussnahme auch von Parteirepräsentanten außerhalb der AfD	17

Fall 106 – Parlamentarische Anfragen der AfD

Keine Angaben zur Einrichtung, Region und Position

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Die AfD stellt parlamentarische Anfragen zu der Abbrecherquote in Integrationskursen oder will bestimmte Angebote der politischen Bildung nicht im Programm sehen.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Anfragen

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AfD-Funktionären

Fall 161 – kleine parlamentarische Anfragen zum Thema Ausgewogenheit

VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband), keine Angabe zur Region, Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit, Fachbereichsleitung, Programmplanung

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Kleine parlamentarische Anfragen zum Programm, die meiner Einschätzung nach kontrollieren sollen, welche Angebote es gibt und die über bestimmte Themenabfragen aufzeigen sollen, dass das Programm angeblich "auf dem linken Auge blind" sei (was es nicht ist). Dabei entsteht der Eindruck, dass etwa ein Angebot gegen Diskriminierung "aufgewogen" werden müsse mit einem Angebot "gegen links".

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Parlamentarische kleine Anfrage

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

Rechte Partei an Schulbehörde

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Pflichtgemäße Antwort auf kleine Anfrage

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Kein vorauseilender Gehorsam der Leitung, sondern unserem Leitbild (pro Vielfalt) treu bleiben. Haltung zeigen in der Planung und Bewerbung des Programms.

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Ja, ich nehme einen latenten vorauseilenden Gehorsam, eine etwas kritischere Haltung dem eigenen Tun gegenüber wahr, die mich beunruhigt. Nicht stark, aber dass es überhaupt Thema ist, irritiert mich.

Fall 351 – Fremdenfeindliche Äußerungen im örtlichen Parlament

VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband), Norddeutschland, Kursleitung/Lehrkraft

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Fremdenfeindliche Äußerungen im örtlichen Parlament

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Plenarsitzungen

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AfD

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Forderungen nach Rückführungen

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Teilweise heftige Ablehnung, teilweise erste Anzeichen von "Einknicken"

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Eindeutige Ablehnung aller Fraktionen

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Es muss sprachlich vorsichtiger formuliert werden, z. B. hinsichtlich der Genderung, gerade ältere TN benutzen noch ohne die nötige Sensibilität ein aus der Vergangenheit gewohntes Vokabular ([N-Wort], Eskimos, Indianer) für bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Fall 578 – „Beschäftigung von Behörden und Ministerien durch Anfragen und Anträge“

*VHS in privater Rechtsform (Verein, GmbH, Stiftung);
Westdeutschland; Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Dieses Jahr gab es zwei Versuche der AfD, städtische Gremien bzw. sogar das [westdeutsches Bundesland] Kultusministerium mit Anfragen bzw. Anträgen gegen die Volkshochschule zu beschäftigen:

Einmal sollte uns untersagt werden, an Demonstrationen gegen Rechts teilzunehmen bzw. diese gutzuheißen (die Volkshochschule ist hier am Ort Gründungsmitglied des "Bündnis gegen Rechts"); dies fand in der Phase direkt nach den Enthüllungen zu dem Geheimplan der AfD statt, der massenweise Deportationen von Menschen mit Migrationsgeschichte vorsah.

Der andere Vorstoß ist gerade aktuell noch im Gange, bei dem die AfD eine so genannte ‚Kleine Anfrage‘ mit sieben Fragen an das [westdeutsches Bundesland] Kultusministerium geschickt hat, in denen das Land [westdeutsches Bundesland] Stellung dazu beziehen (und uns idealerweise untersagen) soll, dass wir als Volkshochschule [Stadt] e.V. mit der [Bildungsträger] kooperieren, da ein Mitglied der [Bildungsträger] Mitbegründer von "Correctiv" ist, die wiederum die geheimen Machenschaften und Pläne der AfD aufgedeckt hatten.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Einmal im Januar Demonstrationen gegen Rechts

Einmal Bestrebungen gegen eine inhaltliche Kooperationen mit einem anderen Bildungsanbieter, der (indirekt) durch einen Mitarbeiter an den Enthüllungen rund um den "Geheimplan AfD" beteiligt war

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

Die Beschwerden gingen von der Stadtfraktion der AfD in [Stadt in westdeutschem Bundesland] aus und richteten sich einmal an die Stadtverordnetenversammlung und beim anderen Mal an das Kultusministerium des [westdeutsches Bundesland]

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Schriftliche Anträge an verschiedene Gremien

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Die Stadtverordnetenversammlung hat das Anliegen der AfD ohne größere Diskussion einfach abgelehnt (d.h. uns zu untersagen, Mitglied im "Bündnis gegen Rechts" zu sein bzw. uns an Aufrufen zu Demonstrationen zu beteiligen)

Im anderen Fall steht das Ergebnis noch aus, allerdings hat das Kultusministerium signalisiert, dass es selbstverständlich nicht gedenkt uns (die wenigen) Landes-Mittel zu kürzen, um uns programmatisch "auf Kurs" zu bringen bzw. die Kooperation mit anderen Bildungsanbietern zu untersagen. Das Ministerium ist uns gegenüber zudem auch nicht weisungsbefugt, ein Detail, was der AfD gänzlich unbekannt oder egal zu sein scheint

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

Im ersten Fall ist der Angriff gänzlich gescheitert, im zweiten ist dies auch zu erwarten. Allerdings zeigt sich daran, dass die AfD zum einen verschiedene Gremien sinnlos beschäftigen möchte, zum anderen wird deutlich, welche Ziele sie verfolgen und welcher Dorn im Auge ihnen unabhängige, demokratisch orientierte Erwachsenenbildung ist

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Ich stand für Auskünfte zur Stelle, die Stadtverordnetenversammlung hat allerdings von allein ganz hervorragend agiert und das Kultusministerium hat mich bei der Beantwortung der sieben Fragen der AfD um Unterstützung gebeten

Inwiefern waren die verfügbaren Gegenmaßnahmen erfolgreich oder nicht erfolgreich?

Keiner der Anträge der AfD hatte bis jetzt Erfolg

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Keine, alle Beteiligten haben vorbildlich reagiert

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Als [Einrichtungsleitung] bekomme ich nicht direkt mit, was in unseren Kursen geäußert wird (z.B. in den Pausen), ganz punktuell bemerke ich allerdings in der Mitarbeiterschaft, dass zum Beispiel das Thema Gendern konservativer gesehen wird als wir das als Organisation insgesamt handhaben, aber das finde ich in Ordnung, das halten wir gut aus

Fall 694 – „Die AfD würde die VHS am liebsten schließen“

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband),
Süddeutschland; Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Die AfD-Vertretung im Gemeinderat möchte die vhs am liebsten schließen. Dies hat sie im Jahr 2022 oder 2023 sogar offiziell beantragt. Sie lehnt grundsätzlich Beschlussvorschläge von der vhs ab. Sie behauptet, dass die vhs Gelder verschwendet. Seitdem die Partei eine Fraktion im Gemeinderat stellt, werden insbesondere im Rahmen der Haushaltsplanung häufige und detaillierte Anfragen zur vhs-Arbeit gemacht, zu denen die vhs dann Stellung nehmen muss.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Gemeinderatssitzung

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AfD-Gemeinderatsmitglied gegen die vhs

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Explizite Aussage

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Die vhs Leitung musste eine Stellungnahme zum Antrag der Schließung schreiben.

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

Der Antrag wurde abgelehnt. Es gab öffentliche Unterstützung für die vhs.

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Stellung nehmen, Unterstützer der vhs informieren.

Inwiefern waren die verfügbaren Gegenmaßnahmen erfolgreich oder nicht erfolgreich?

Die Maßnahmen sind nur dann erfolgreich, wenn es ausreichend politische und öffentliche Unterstützung gibt, genügend Menschen von der vhs profitieren und sie wollen.

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Eine gesetzliche Regelung, die den Trägern der vhs mit konkreten Berechnungsgrundlagen vorschreibt, wie die Finanzierung geregelt ist und was genau die vhs vor Ort dafür leisten soll.

Fall 726 (wenig extrem rechte Einflüsse)

*VHS in privater Rechtsform (Verein, GmbH, Stiftung); Süddeutschland;
Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit, Fachbereichsleitung, Programmplanung*

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Wenig. Es gibt doch vereinzelt Mitarbeiter*innen, die sich entsprechend äußern, sie merken aber, dass sie in der Minderheit sind und unterlassen entsprechende Äußerungen. Leider gibt es auch in Diskussionen keinerlei Lerneffekt, sondern ein "noch mehr Beharren" auf dem eigenen Standpunkt

Fall 762 – Vorsitzender im Förderverein mit Stimmen im Zweckverband ist Verschwörungsgläubiger

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Süddeutschland;
Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Unsere vhs hat als Organisationsform einen Zweckverband gewählt. Ein Mitglied des Zweckverbandes - neben den vier Verbandsgemeinden - ist der Förderverein vhs e. V. Der Förderverein hat in den Gremien 1/3 der Stimmen und ist damit einflussreich. Im Jahr 2021 wurde ein neuer Vorsitzender gewählt. Dieser Vorsitzende ist ein Verschwörungsgläubiger. Nachdem er mit seinen Programm-Vorschlägen für Referent*innen (alle aus dem verschwörungsgläubigen, querdenkerischen, und teilweise auch rechten Milieu) keinen Erfolg in der Geschäftsstelle der vhs hatte, hat er im Namen der vhs nun selbst eine Veranstaltung organisiert (weitere sind geplant). Dies führte nicht zur Zerreißprobe im Verein, sondern auch zu einem großen Konflikt mit dem Zweckverband, der noch nicht ausgestanden ist. Mit der Einladung zu dieser Veranstaltung wurde die vhs massiv kritisiert. Die vhs würde Meinungsvielfalt unterbinden und cancel culture betreiben. Sie diskreditiere Personen mit anderen Meinungen und würde den Menschen vorschreiben, was sie zu denken hätten.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Planung und Organisation eines "Parallelprogrammes" im Namen der vhs mit Referent*innen, die nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, unseriös sind und dem verschwörungsgläubigem Milieu zuzuordnen sind.

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

vom ersten Vorsitzenden des Fördervereins. Gerichtet ist sie an die Teilnehmenden, Bürgerinnen und Bürger des Einzugsgebietes der vhs.

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Planung einer Veranstaltung

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Der Verein hat - auf Einberufung des erweiterten Vorstandes - eine Absetzung des ersten Vorsitzenden beschlossen. Dieser Beschluss wird vom ersten Vorsitzenden angefochten (Ist noch nicht abschließend geklärt)

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

Es ist davon auszugehen, dass der abgesetzte erste Vorsitzende weiterhin versuchen wird, den Verein zu kapern. Von daher prüft der Zweckverband nun die Möglichkeit des Ausschlusses des Fördervereins aus dem Zweckverband.

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Hilfreich wäre für die Zukunft ein Positionspapier, dass für verschwörungsgläubige Referent*innen an der vhs kein Platz ist (ähnlich der Abgrenzung zu Scientology)

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Ja, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus nehmen zu.

Fall 783 – Geringer Stellenwert der Bildungspolitik

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Süddeutschland; Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Auf kommunaler Ebene sehen wir in den für uns zuständigen Gremien noch keinen direkten rechten Einfluss. Wir sehen nur mit Sorge, dass Bildungspolitik keinen wachsenden Stellenwert hat. Eine zukunftsfähige, nachhaltig entwickelte, inklusive Gesellschaft, die ihre Bürger:innen befähigt selbstbestimmt zu leben und neuen Herausforderungen gestärkt entgegenzutreten, muss das Menschenrecht Bildung weit oben auf der Agenda haben. Das ist auf keiner politischen Ebene der Fall.

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

TN berichten von Frauenfeindlichkeit und Diskriminierung, z.B. Beschimpfungen auf offener Straße von Frauen, die Kopftuch tragen

Fall 787 – Anfragen im Parlament z.B. zum Gender-Erlass

Sonstige Einrichtung, Ostdeutschland, sonstige Position

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Anfragen aus dem Parlament: Anfrage der AfD, inwiefern durch die VHS der Gendererlass umgesetzt wird, wie seitens der Landesregierung dieses kontrolliert wird und welche Sanktionen gegen VHS seitens der Landesregierung bei Nichteinhaltung vorgesehen sind.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Kleine Anfrage an die Landesregierung

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AfD-Fraktion, an Landesregierung, indirekt an das Handeln der WBE

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Kleine Anfrage zu ganz konkreter Maßnahme bezüglich der Umsetzung eines Erlasses durch WBE.

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Die Anfrage wurde seitens der Landesregierung mit Verweis auf die konkreten Bestimmungen des Erlasses und die Nichtbetroffenheit des Bereiches der Erwachsenenbildung, sowie nicht Vorsehen von Sanktionen, beantwortet.

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Klarstellung gegenüber Anfragendem, Klarstellung auch gegenüber WBE zur Reichweite des Erlasses

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Klare offene Kommunikation der Geltungsbereiche bzw. der Grenzen des Geltungsbereiches durch das Ministerium

Fall 818 – Rechte Veranstaltungen in städtischen Räumen

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Westdeutschland; Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit, Fachbereichsleitung,
Programmplanung*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Durchführung einer Parteiversammlung der AfD in eigenen (städtischen) Räumlichkeiten

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Keine offiziellen. Es gab eine Gegendemo, die nicht von der VHS ausging.

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Ja - vor allem in Bezug auf Israel. Sonst ist die VHS noch recht wenig betroffen.

Fall 820 Kooperationspartner:innen konnotieren Migration und Kriminalität [Fall zu wenig elaboriert]

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Westdeutschland; Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit, Fachbereichsleitung,
Programmplanung*

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Manche Kooperationspartner*innen, in diesem Fall aus dem Bereich Vereine, machen fremdenfeindliche, bis hin zu rassistischen Aussagen, indem sie "natürliche" Zusammenhänge zwischen Migration und gesteigener Kriminalität propagieren und Narrative pflegen, "man könne sich nicht mehr sicher fühlen".

Fall 832 Vermeidung von Triggerthemen [Fall zu wenig elaboriert]

*VHS in privater Rechtsform (Verein, GmbH, Stiftung); Süddeutschland;
Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Darin, dass das Thema Gendern oder das Thema Klimaschutz am liebsten gemieden werden, wenn nicht gleich dagegen agiert

Fall 1057 – Stimmabgabe-Versuch rechter Nicht-Wahlberechtigter in Landes-Gremien

*Sonstige Einrichtung; Norddeutschland;
Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Teilnahme von Vertretern von Bündnis Deutschland in bundeslandpolitischen und kommunalen Gremien und Ausschüssen

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Landesausschuss für Weiterbildung in [norddeutsches Bundesland]; Landesausschuss für berufliche Bildung

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Versuch der Stimmabgabe ohne Wahlrecht/ Stimme; permanente Dokumentation

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Aufklärung über Stimmabgabe

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

noch offen

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Ja, auch weil unsere zugewanderten Teilnehmenden von ihren Erfahrungen berichten.

Fall 1076 – Politik übernimmt Positionen der Rechten

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Westdeutschland; Kursleitung/Lehrkraft*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Die Politik lässt sich von den rechten Kräften sehr ablenken und kopiert gleichermaßen diese Themen statt eigene Visionen zu entwickeln.

Fall 1088 – Fragen der AfD zur Finanzierung eines Bündnisses für Gleichstellung

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung,
Zweckverband); Ostdeutschland; Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit,
Fachbereichsleitung, Programmplanung*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Die VHS ist Teil eines Bündnisses für Gleichstellung. Die AfD hat eine mündliche Anfrage im Kreistag gestellt, wer Teil des Bündnisses ist und wer das Bündnis finanziert.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Kreistagssitzung

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AfD an die Gleichstellungsbeauftragte, die sie als Sprecherin des Bündnisses erachteten.

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Die Gleichstellungsbeauftragte hat aufgezählt, wer alles beim Bündnis dabei ist und, dass es ohne Finanzierung agiert.

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

Bisher gab es keine weiteren Fragen der AfD.

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Wir hatten ein Mobiles Beratungsteam als Ansprechpartner:innen und andere Gleichstellungsbeauftragten.

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Ja. Rechtspopulistische Meinungen, was auch homo- und transfeindliche Haltungen und rassistische Aussagen nach sich zieht, bis hin zu Verschwörungsmythen begegnen mir täglich, auch in meinem Team. Das ist emotional sehr anstrengend.

Fall 1096 – Lustigmachen über wokeness

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Norddeutschland; Kursleitung/Lehrkraft*

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

ja, es wird sich in Teilen über "wokeness" lustig gemacht, nicht ernst genommen, gesagt, man hätte wichtigere Probleme

Fall 1102 – Förderung von Integrationskursen in Frage gestellt

*VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband);
Norddeutschland; Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Hin und wieder gibt es AFD-Aussagen zu Fragen der Integration von Geflüchteten mit Hinweis auf Kosten für Integrationskurse

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

keine spezielle

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AFD an Bürgerschaft

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

Hinweis auf angeblich unnötige Ausgaben für Integrationskurse

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Gegenrede und der Angelegenheit nicht zu viel Raum geben

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

war erledigt

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Es ist ein heterogenes Bild, aktuelle Verschiebungen sind wenn überhaupt eher marginal

Fall 1154 – Politikerhetze

Keine Angaben zur Art der Einrichtung, Region oder Position

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Politikerhetze gegen Flüchtlinge und Muslime, denen Kriminalität und Antisemitismus unterstellt wird. Leugnung von Verbrechen gegen die Menschheit und Völkermord seitens Politiker aller Parteien.

Fall 1179 – Versuch der Einflussnahme gegen Gendern

VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband); Ostdeutschland; Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Antrag auf Ausschluss der genderneutrale Sprache im Bildungsausschuss durch die AfD

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Ausschuss der Kommunalverwaltung

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

Fraktionsantrag lt Tagesordnung

Um welche Art von Aktivität hat es sich gehandelt?

konkrete Aussage

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

kaum Diskussionen

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

Antrag wurde abgelehnt

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

keine - Recht auf Antragstellung liegt immer vor

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

die Notwendigkeit der Integration und die damit verbundenen Kosten werden in informellen Gesprächen häufig in Frage gestellt.

Fall 1196 – Listen mit ‚unliebsamen Personen‘

*Bildungseinrichtung in konfessioneller Trägerschaft;
Westdeutschland; Einrichtungsleitung, Geschäftsführung, Vorstand*

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

In den östlichen Bundesländern gibt es Versuche, unsere Einrichtungen aus der Förderung auszuschließen, da sie in der Vergangenheit auch die AfD ausgeschlossen hätten oder nicht wertneutral sein; es gibt Hinweise auf schwarze Listen in Behörden und bei der AfD, auf sogenannte "unliebsame Personen"

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Dazu fehlen mir Details, ich empfehle ein Gespräch mit den Kolleg_innen im Osten

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Wir haben auf Bundesebene in der [Name des Verbands] dazu ein Monitoring Team eingerichtet, das unsere Einrichtung sensibilisiert, Vorfälle kommuniziert, Gegenstrategien vorbereitet.

Welche weiteren Gegenmaßnahmen oder welche Unterstützung hätten Sie sich außerdem gewünscht?

Ein demokratiefreundlicheres gesamtgesellschaftliches Klima wäre sicherlich förderlich. Außerdem wäre es vorteilhaft, wenn nicht gerade im Osten, für so viele demokratiefördernde Projekte und Initiativen der Erwachsenenbildungseinrichtung die Bundesmittel gestrichen worden wären.

Nehmen Sie in Ihrem Arbeitsfeld aktuell Verschiebungen der sogenannten Grenzen des Sagbaren wahr?

Ich nehme auf jeden Fall solche Veränderungen wahr, in unserer Organisation kommunizieren wir stark die entsprechende Vorlage des [konfessionellen] Büros in Berlin, dass auf die nicht Vereinbarkeit von einem Engagement bei der [konfessioneller Träger] und der AfD abhebt. Wie bereits zuvor erwähnt, haben wir eine eigene Monitoring Gruppe dazu auf Bundesebene eingerichtet, die das Thema beobachtet, und strategisch und inhaltlich begleitet.

Fall 1088 – Fragen der AfD zur Finanzierung eines Bündnisses für Gleichstellung

VHS in öffentlich-rechtlicher Rechtsform (Amt, kommunale Einrichtung, Zweckverband); Ostdeutschland; Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit, Fachbereichsleitung, Programmplanung

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Die VHS ist Teil eines Bündnisses für Gleichstellung. Die AfD hat eine mündliche Anfrage im Kreistag gestellt, wer Teil des Bündnisses ist und wer das Bündnis finanziert.

Um was für eine Situation hat es sich gehandelt?

Kreistagssitzung

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

AfD an die Gleichstellungsbeauftragte, die sie als Sprecherin des Bündnisses erachteten.

Wie sind die beteiligten Personen mit der Situation umgegangen?

Die Gleichstellungsbeauftragte hat aufgezählt, wer alles beim Bündnis dabei ist und, dass es ohne Finanzierung agiert.

Wie hat sich die Situation anschließend weiterentwickelt?

Bisher gab es keine weiteren Fragen der AfD.

Welche Gegenmaßnahmen hatten Sie zur Hand, um auf die Einflussnahme zu reagieren?

Wir hatten ein Mobiles Beratungsteam als Ansprechpartner:innen und andere Gleichstellungsbeauftragten.

Fall 1243 – Simplifizierung komplexer Sachverhalte [Fall nicht ausreichend elaboriert]

Keine Angaben zur Art der Einrichtung, Region oder Position

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

Die entsprechenden Parteien versuchen sich durch Simplifizierungen komplexer politischer Prozesse Aufmerksamkeit und Zuspruch zu verschaffen.

Fall 1327 – Montagsdemos und rechte Einflussnahme auch von Parteirepräsentanten außerhalb der AfD

Sonstige Einrichtung, Westdeutschland, Hauptamtliche pädagogische Mitarbeit, Fachbereichsleitung, Programmplanung

In welcher Weise zeigten sich rechte Einflüsse auf der Ebene der Kommune, in Gremien und Parlamenten bzw. der Bildungspolitik?

An meinem Arbeitsort (Westdeutschland; [Bundesland]) laufen immer noch jeden Montag sogenannte "Montagsdemonstranten" durch die Gegend. Die jeweilige Priorität ihrer Anliegen wechselt nach tagespolitischem Bedarf. Beispielsweise waren nach Auslaufen der Corona-Maßnahmen, die bis dahin primäres Thema waren, ohne Verzögerung "Islamisierung" und "kriminelle Ausländer" als neue Ziele gefunden. Personell scheint die Personengruppe indes unverändert.

Von wem ist diese Einflussnahme ausgegangen und an wen hat sie sich gerichtet?

Der hiesige Vorsitzende der CDU hegt ein enges und "unverkramptes" Verhältnis zu NPD und AfD und verteilt wöchentlich eine Gratis-Zeitung in alle Briefkästen. Zudem ist er Gründungsmitglied eines ominösen Vereins namens "Pro Polizei", der sich auch ausschließlich am rechten Rand gesellschaftlicher Themen abarbeitet. Der Versuch, stramm rechte Positionen in die bürgerliche Mitte zu holen, ist offensichtlich und leider auch offensichtlich erfolgreich; der Mann hielt dekadentlang Mandate auf Landes- und Bundesebene.